



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 165. Ratssitzung vom 10. Dezember 2025

Gemeinsame Behandlung der Geschäfte GR Nrn. 2025/390, 2025/391, 2025/557 und 2025/569

5529. 2025/390
Weisung vom 10.09.2025:
Finanzverwaltung, Finanz- und Aufgabenplan 2026–2029

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

Der Finanz- und Aufgabenplan 2026–2029 wird zur Kenntnis genommen.

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nrn. 2025/390, 2025/391, 2025/557 und 2025/569

Referat zur Vorstellung der Weisung:

Sven Sobernheim (GLP): Gerne stelle ich den Bericht zum Budget 2026, zum Finanz- und Aufgabenplan (FAP) 2026 sowie zur Weisung der selbstständigen öffentlich-rechtlichen Anstalten 2026 und dem FAP der selbstständigen öffentlich-rechtlichen Anstalten vor. Die Rechnungsprüfungskommission (RPK) prüfte das Budget in fünf Lesungen mit intensivsten Fragen. Die Finanzkontrolle stellte mit dem Revisionsbericht 86/2025 fest, dass das Budget aus ihrer Sicht die rechnerischen und formalen Anforderungen erfüllt. Das Budget sieht einen Aufwandüberschuss von 377,8 Millionen Franken inklusive der Nachträge des Novemberbriefs vor. Das bedeutet einen Aufwand von 11,347 Milliarden Franken sowie einen Ertrag von 10,96 Milliarden Franken. Für die selbstständigen öffentlich-rechtlichen Anstalten gibt es eine eigene Weisung. Der Personalaufwand im Budget beträgt 3,769 Milliarden Franken. Es sind 777,9 zusätzliche Stellen sowie im Novemberbrief 29,9 zusätzliche Stellen budgetiert. Die Investitionsausgaben im Verwaltungsvermögen reduzieren sich um 310,9 Millionen Franken auf 1,963 Milliarden Franken sowie im Finanzvermögen auf 513,1 Millionen Franken. In der Summe ergibt das rund 2,5 Milliarden Franken. Die Fiskalerträge steigen auf 3,891 Milliarden Franken. Bei den natürlichen Personen sind es rund 2 Milliarden Franken, bei den juristischen 1 Milliarde Franken. Im FAP geht der Stadtrat weiterhin von einer stetig wachsenden Bevölkerung aus. Er führt aus, dass die Entwicklung von Aufwand und Ertrag – zumindest kurzfristig – nicht linear vom Bevölkerungswachstum abhängt. Ebenso weist er daraufhin,



dass in den Jahren 2009–2024 das Rechnungsergebnis in 14 von 15 Jahren im Durchschnitt um 200 Millionen Franken besser abschnitt. Wir planen mit einem Aufwandüberschuss von mehr als 300 Millionen Franken. Die Stadt Zürich habe eine finanziell solide Basis. Die Zunahme der Verschuldung aufgrund der hohen Investitionen im Budget müsse aber beachtet werden. Der FAP sieht bis im Jahr 2029 einen jährlichen Aufwandüberschuss zwischen 352 und 378 Millionen Franken vor. Dies hauptsächlich wegen der Umsetzung der Tagesschule bis zum Schuljahr 2030/31, Netto-Null bis ins Jahr 2040 sowie der Fachplanung Hitzeminderung und dem Heizungsersatz bei den eigenen Liegenschaften. Ich komme zu den Bemerkungen der RPK zum Budget. Dabei handelt es sich nicht um Einzelanträge, sondern um allgemeine Hinweise dazu, was uns störte oder auffiel. Wir haben – wie in den Vorjahren – stark steigende Dienstleistungen Dritter. Davon sind einige Positionen in Ordnung und es ist klar, weshalb es sich um Dienstleistungen Dritter handelt, bspw. die Portokosten. Andere Detailposten sind eher unklar definiert und werden mit Begriffen wie «Strategie», «Management» oder sogar «Dienstleistungen Dritter» bezeichnet. Die RPK wünscht sich, dass einerseits präziser geplant und kommuniziert wird, wofür das Geld budgetiert ist. Andererseits soll man auf der Ebene Dienstabteilung, Departement und Stadt reflektieren, welche Aufgaben stadintern bewältigt werden können und für welche tatsächlich Dienstleistungen Dritter in Anspruch genommen werden müssen. Der zweite Punkt betrifft die Preisanpassungen bei Immobilien Stadt Zürich (IMMO). Der Stadtrat hat mit Stadtratsbeschluss (STRB) Nr. 793/25 im März 2025 festgelegt, dass es eine Neuordnung, Neuberechnung und Zentralisierung der Mieten, Betriebskosten, Energiekosten, Energierechnungen und Dienstleistungen bei der IMMO gibt. Diese Umstellung erfolgt auf das Budget 2026. Dabei wurde ein eigener und neu vom Gebäudeversicherungswert entkoppelter, kostendeckender Kostenindex geschaffen. Ebenso wurden einheitliche Energietarife festgelegt. Diese werden neu zentral über die Immobilien verrechnet. Die Tarife für die Basismiete und die Energie werden durch den Vorsteher des Hochbaudepartements zentral festgelegt und angepasst. Diese Umstellung führt im Budget 2026 zu grossflächigen Verschiebungen und erschwert die Beobachtung der Kostenentwicklung im Vergleich zu früheren Jahren. Im Informatikbereich ist ein signifikantes Stellenwachstum zu verzeichnen. Aus Sicht der RPK stellt sich einerseits die Frage nach einer vorausschauenden, koordinierenden und kostenbewussten Stellenplanung – auch unter Ausnützung von Synergieeffekten. Andererseits ist nicht wirklich eine Gesamtstrategie des Stadtrats zu erkennen. Dies insbesondere mit Blick auf systemkritische Software und die wachsende Abhängigkeit von einzelnen Anbietern wie SAP. Ein weiterer Punkt ist die neue Dienstabteilung (DA) Sonderpädagogik, für die mit Wirkung per 1. Januar 2026 ein Buchungskreis eröffnet wird. Das haben wir durch den FAP 2026–2029 festgestellt. Die RPK nimmt zur Kenntnis, dass in der Budgetvorlage des Stadtrats inklusive der Nachträge des Novemberbriefs keine Mittelübertragungen zu erkennen sind. Die RPK vermisst eine transparente und zeitnahe Handhabung in Bezug auf den Finanzhaushalt dieses bedeutenden Geschäfts. Insbesondere ist die RPK irritiert, dass man von der offenbar SAP-bedingten Verzögerung um ein Jahr erst auf Nachfrage erfuhr. Es ist uns völlig unklar, wie die DA Sonderpädagogik im Budget aussehen wird und wie man das in der Abhängigkeit von SAP umsetzen will. Ebenfalls irritierte uns, dass bei Entsorgung + Recycling Zürich (ERZ) Abwasser aufgrund der Gebühreneinnahmen und unter Verzicht auf Gebührenreduktionen



mit erheblichen Mehreinnahmen budgetiert wurde. Auf Nachfrage wurde der RPK mitgeteilt, dass beim Abwasser weiterhin eine Gebührenreduktion notwendig sei, es dafür aber noch einen Beschluss des Gemeinderats brauche. Aus Sicht der RPK stellt sich die Frage, weshalb diese Rabatte nicht fristgerecht verlängert wurden, damit sie in der aktuellen Budgetvorlage hätten verbucht werden können. Die Anzahl der Anträge im Budget ist mit 108 Anträgen inklusive elf Begleitpostulate weiterhin eher tief. Das spricht dafür, dass sich die RPK auf politisch relevante Anträge konzentrierte.

(Fraktionserklärungen siehe Beschluss-Nrn. 5530/2025–5536/2025)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Obwohl man zum Teil etwas anderes hörte, muss man klar festhalten, dass es der Stadt Zürich nach wie vor gut geht. Die Rechnungsabschlüsse waren in den letzten Jahren positiv. Wir haben den erwähnten Cashflow von 1 Milliarde Franken, der in den letzten Monaten in der politischen Wahrnehmung eine neue Bedeutung gewonnen hat. Wir haben auch immer noch das AAA-Rating. Von der Panik, die ich teilweise höre, kann keine Rede sein. Umgekehrt ist es aber so, dass die Verschuldung in den nächsten Jahren stark steigen wird – wenn nicht korrigierend eingegriffen wird. Der Grund dafür sind die stark ansteigenden Investitionen. Sie haben sich von einem Niveau von 1 Milliarde Franken kontinuierlich erhöht. Bis Mitte der 2030er-Jahre werden sie sich bei 2,5 Milliarden Franken einpendeln. Das heisst, es gibt eine Lücke, die man fremd finanzieren muss. Darum hat der Stadtrat einen Zielwert für die Investitionen in der Höhe von 1,5 Milliarden Franken ab dem Budget 2029 festgelegt. Bei den Investitionen kann man nicht kurzfristig eingreifen. Man kann nicht etwas stoppen, woran man bereits baut. Deshalb gilt der Zielwert nicht für dieses Jahr. Das Budget wurde zu einem Zeitpunkt abgeschlossen, als die Entscheide noch nicht gefällt waren. Investitionen muss man langfristig anpacken, damit keine Investitionsruinen geschaffen und keine Planungskosten vernichtet werden. Es ist klar, dass einige Anträge im Widerspruch zu diesem Zielwert stehen. Der Stadtrat will mit diesem Zielwert den finanziellen Handlungsspielraum der Stadt Zürich stärken. Wir blicken weit voraus. Ich orientiere mich an einer Aussage von Bill Clinton, dass es die Kunst der Politik sein müsse, Probleme gar nicht erst entstehen zu lassen. Deshalb muss man heute anfangen zu handeln. Aber der Pleitegeier kreist nicht über der Stadt. Zürich ist attraktiv – vielleicht manchmal fast zu attraktiv. Die Stadt soll für alle Menschen, die hier leben und die Unternehmen, die hier wirtschaften, attraktiv bleiben. Die Vorstellungen, was es für eine lebenswerte Stadt braucht und was man sich leisten kann, gehen auseinander und werden in diesem Saal demokratisch ausgehandelt. Es ist mir ein Anliegen, dass man den Zielwert mit Blick auf zwei Dinge anschaut: Einerseits ist er immer noch 500 Millionen Franken höher als das, was wir bis im Jahr 2021 jährlich investiert haben. Andererseits ist der Wert höher als der Cashflow. Dieser wird nicht im gleichen Ausmass steigen. Es wird also bei der Verschuldung bleiben. Aber es gibt immer noch Spielraum für die Gestaltung unserer Stadt.*

Eintreten ist unbestritten



Kommissionsmehrheit/-minderheit zum FAP und zum Änderungsantrag FAP:

Sven Sobernheim (GLP): Eine Mehrheit der RPK beantragt, den FAP wie vorliegend zur Kenntnis zu nehmen. Er entspricht dem, was wir erwartet haben.

Johann Widmer (SVP): Der FAP deckt eine Zeitspanne von vier Jahren ab. Angesichts enormer Investitionen in Klimawohnmassnahmen, monströse Fernwärmeprojekte, über-
teuerte Schulhäuser und Tiefbauten, Velorouten-Flickwerke und übereilte Tramprojekte ist diese Zeitspanne deutlich zu kurz. Von gesunden Finanzen zu sprechen, zeugt von einer Vogel-Strauss-Politik. Der vorliegende FAP zeigt das immer gleiche Bild: Beim Ausgabenwahn der Sozialisten ist kein Ende absehbar. Friedrich August von Hayek sagte einmal: «If socialists understood economics, they wouldn't be socialists». Aus diesem Grund trage ich dieses Sweatshirt während der ganzen Budgetdebatte. Das Zitat fasst die Gründe der katastrophalen Lage der städtischen Finanzen perfekt zusammen. Es handelt sich um einen FAP von Sozialisten für Sozialisten.

Felix Moser (Grüne) begründet das Postulat GR Nr. 2025/557 (vergleiche Beschluss-Nr. 5458/2025): Mit dem Postulat fordert eine breite Mehrheit der Parteien den Stadtrat auf, dem Gemeinderat künftig eine langfristige und transparente Übersicht über die Investitionsplanung über einen Zeitraum von mindestens zehn Jahren zur Verfügung zu stellen. Diese Forderung ist nicht nur sinnvoll, sondern auch notwendig. Die Stadt investiert enorm viel: in Schulen, Infrastruktur, Energie, Mobilität, Digitalisierung oder Wohnbau. Die Investitionen prägen unseren Finanzhaushalt über Jahrzehnte. Der Stadtrat kündigte an, dass er die Investitionen stärker steuern wolle und legte einen Zielwert von 1,5 Milliarden Franken pro Jahr fest. Das führt zu langfristigen Verbindlichkeiten. Der Gemeinderat muss diese verstehen, beurteilen und – soweit er das kann – steuern können. Bisher erhielten wir im FAP eine Planung über drei Jahre. Das reicht nicht. Der Stadtrat sagt selber, er werde künftig langfristiger planen. Wenn wir als Gemeinderat seriös mitdiskutieren und mitentscheiden möchten, brauchen wir frühzeitig eine Übersicht über die Verpflichtungen, den Free Cashflow, die Entwicklung der Verschuldung und die vorgesehenen Investitionen. Das wird sicher noch zu reden geben, vor allem, wenn gewisse Themenbereiche oder Investitionen beschränkt werden sollen. Das Thema einer allfälligen Förderung oder Beschränkung gewisser Bereiche liessen wir im Postulat bewusst weg, um eine möglichst grosse Mehrheit im Gemeinderat zu erreichen. Wir möchten mit dem Postulat sicherstellen, dass der Gemeinderat richtig und zeitnah informiert wird. Der Vorstoss stärkt die Transparenz, Planbarkeit und demokratische Kontrolle.

Florian Utz (SP) stellt namens der SP-Fraktion folgenden Textänderungsantrag zum Postulat GR Nr. 2025/557 und begründet diesen: Die SP teilt die Einschätzung der Postulantinnen und Postulanten in zwei Punkten. Erstens möchten auch wir gesunde Finanzen. Zweitens soll der Gemeinderat informiert werden. Gesunde Finanzen sind für uns kein Selbstzweck. Sie dienen dazu, Investitionen und Ausgaben im Interesse der Bevölkerung nachhaltig finanzieren zu können. Aus unserer Sicht ist das Postulat in der aktuellen Version aus drei Gründen problematisch. Erstens verlangen die Postulant*innen



eine Investitionsobergrenze, die eingehalten werden soll. Mir ist unklar, was das Postulat verlangt, nachdem der Stadtrat keine Investitionsobergrenze beschlossen oder zumindest nicht kommuniziert hat. So wie ich die Medienmitteilung verstanden habe, wurde ein Ziel beschlossen. Mir ist auch nicht klar, ob sich das Ziel auf die Rechnung oder das Budget bezieht oder auf die Netto- oder Bruttoinvestitionen. Es ist nicht seriös, wenn man die Einhaltung einer Investitionsobergrenze fordert, die so nie beschlossen wurde und deren Höhe und weitere Modalitäten zum Zeitpunkt des Postulats noch gänzlich unklar sind. Zweitens gibt es im Postulat keinerlei Unterscheidung zwischen Investitionen, die sich refinanzieren und solchen, die sich nicht refinanzieren. Es ist aus finanzieller Sicht ein massiver Unterschied, ob in eine Wohnung investiert wird, wo durch die Mieten sämtliche Kosten zurückkommen oder in ein Schulhaus. Drittens stört uns, dass nur von finanziellen Aspekten die Rede ist und nie davon, was finanziert werden soll. Der SP ist es wichtig, dass man die Volksentscheide für bezahlbare Wohnungen, Netto-Null und die Tagesschulen umsetzt. Deshalb fordern wir, dass der Stadtrat mit diesem Bericht darlegen soll, dass und wie die nötigen Investitionen finanziert werden. Der Anfang des Postulats ist unverändert. Am Ende des zweiten Satzes möchten wir «die Investitionsobergrenze» streichen und stattdessen festhalten: «Dabei soll auch aufgezeigt werden, dass die Investitionsplanung sicherstellt, dass die erforderlichen Investitionen zur Umsetzung der Volksentscheide zu Netto-Null, zum Drittelsziel und zu den Tagesschulen getätigt werden.» Wird die Textänderung nicht angenommen, lehnen wir das Postulat ab.

Florian Utz (SP) begründet das Postulat GR Nr. 2025/569 (vergleiche Beschluss-Nr. 5499/2025): *Beim Wohnen drückt der Bevölkerung der Schuh. Allein in den letzten zwei Jahren stiegen die Angebotsmieten in der Stadt um 12 Prozent. Wer heute eine Wohnung sucht, muss 12 Prozent mehr als vor zwei Jahren zahlen. Das führt nicht nur zur Verdrängung ärmerer Menschen, sondern zunehmend auch zur Verdrängung des unteren und mittleren Mittelstands. Ein probates Mittel, um das Drittelsziel umzusetzen, ist der Kauf von Liegenschaften. So kann sichergestellt werden, dass die gekauften Wohnungen langfristig bezahlbar vermietet werden. Der Gemeinderat legte diese Investitionen in der letzten Budgetdebatte auf 600 Millionen Franken pro Jahr fest. Der SP ist es wichtig, dass diese Investitionen auch in Zukunft in der Investitionsplanung beibehalten werden. Sie schützen nicht nur die Mieterinnen und Mieter vor einer zunehmenden Verdrängung, sondern sind auch für die Stadtkasse nicht belastend. Auf die lange Sicht sind sie sogar rentabel. Die Idee der Kostenmiete besteht darin, dass alle Kosten, die bei der Stadt für Zinsen, Unterhalt oder Abschreibungen anfallen, von den Mieterinnen und Mietern refinanziert werden. Die Steuerzahler werden nicht belastet. Gleichzeitig partizipiert die Stadtkasse in vollem Umfang an der Wertsteigerung der Liegenschaften. Wenn die Stadt seit dem Volksentscheid zum Drittelsziel jedes Jahr für 500 Millionen Franken Liegenschaften gekauft hätte, hätten wir inzwischen einen Aufwertungsgewinn bzw. stille Reserven in der Höhe von 4,16 Milliarden Franken. Das zeigt, dass die Käufe für die Stadt rentabel sind. Gleichzeitig wird das Hauptziel bezahlbarer Wohnraum erreicht. Der Stadtrat soll bei der Investitionsplanung weiterhin einen Betrag von mindestens 600 Millionen Franken berücksichtigen; aus Sicht der SP dürfte es auch mehr sein.*



STR Daniel Leupi: Befragungen zeigen, dass das Thema Wohnen die Bevölkerung am meisten bewegt. Der Kauf von Liegenschaften kann zweifellos einen Beitrag leisten. Aber es macht keinen Sinn, eine staatliche Aufgabe zu Lasten von allem anderen zu überpriorisieren. Deshalb lehnt der Stadtrat das Postulat ab. Ich bin froh, dass ich von Florian Utz (SP) gehört habe, dass es sich langfristig rechnet. Wir sprechen von 70 Jahren. Es gibt Liegenschaften, bei denen wir das Potenzial nicht ausnutzen oder die wir nicht sanieren können. Dort entstehen Kosten, die nicht zurückkommen – das wird häufig ausgeblendet. In Zeiten stark wachsender Investitionen muss man Prioritäten setzen. Da ist es nicht schlau, sich bei einem Thema jeden Handlungsspielraum zu nehmen.

Weitere Wortmeldungen:

Johann Widmer (SVP): Das Postulat zeigt, dass die SP überhaupt kein Mass mehr hat. Sie hat keinen Boden mehr unter den Füßen und ist in ihrer «Sozi-Blase» gefangen. Sie will pro Jahr 0,6 Milliarden Franken für Liegenschaftskäufe, 0,3 Milliarden Franken fürs Fernwärmenetz, 0,5 Milliarden Franken für Klimawohnprojekte, 0,1 Milliarden Franken für die Veloinfrastruktur, 0,5 Milliarden für Schulhäuser, Sportanlagen, Wohnungsbau oder andere Sachen. Damit sind mehr als 2 Milliarden Franken pro Jahr ins Budget oder den FAP geschrieben. Wo wollt ihr mindestens 0,5 bis 0,8 Milliarden Franken nicht investieren? Bei den Schulkindern, beim Fernwärmenetz, bei Liegenschaftskäufen, bei der Veloinfrastruktur? Doch lieber beim Klimawohn, der nützt uns allen am wenigsten.

Sven Sobernheim (GLP) ist mit der Textänderung zum Postulat GR Nr. 2025/557 nicht einverstanden: Im Postulat geht es um Transparenz und nicht um eine inhaltliche Debatte, darum lehnen wir die Textänderung ab. Zum Wohnvorstoss der SP: Wir müssen die Investitionen abwägen. Dass man jetzt schon etwas aus der Güterabwägung rausnehmen will, ist absurd. Dass man gerade das herausnehmen will, das am flexibelsten gehandhabt werden kann, macht es erst recht absurd. Wie in der Fraktionserklärung dargelegt, braucht es die Arealentwicklungen, damit es langfristig rentiert. Ich bin nicht sicher, ob die Arealentwicklungen von euch mitgetragen werden. Diesen Test macht der Stadtrat hoffentlich nächstes Jahr, indem er uns eine dieser Arealentwicklungen vorlegt.

Pärparim Avdili (FDP): Sven Sobernheim (GLP) hat ein gutes Votum gehalten. Ich bin gespannt, wie sich die GLP bei den Anträgen der FDP verhält. Wir werden – entgegen der Realitätsverweigerung der SP – langfristig ein Investitions- und Finanzierungsproblem haben. Die FDP warnte frühzeitig davor, unnötige Investitionen zu tätigen und einen Schuldenberg für die nächsten Generationen aufzubauen. Obwohl der Stadtrat inzwischen anerkennt, dass wir ein Investitionsproblem haben werden, fehlt ihm der Mut, konkret zu werden. Er müsste hinstehen und zugeben, dass die Strategie, bestehenden Wohnraum für viel Geld zu kaufen, gescheitert ist. Wir haben das Wohnproblem immer noch nicht gelöst und sogar noch Schulden angehäuft. Die FDP fordert, dass die Liegenschaftskäufe auf null reduziert werden. In einem Begleitpostulat fordern wir, dass eine Repriorisierung mit konkreten Massnahmen eingeleitet wird. Der Stadtrat ist stolz auf das AAA-Rating. Es stellt sich aber die Frage, wie lange noch. Der Vorstoss der SP ist mehr als Realitätsverweigerung. Anstatt mehr Wohnraum will man mehr Vorgaben



schaffen. Anstatt Wohnraum für Familien zu schaffen, will man keine Einkommenslimiten definieren. Anstatt einen Mehrwert für alle in der Stadt zu schaffen, schafft man vor allem mehr Schulden. Deshalb lehnen wir den FAP und auch den Vorstoss der SP ab.

Lara Can (SP): *Vor nicht einmal zwei Monaten konnte man in einer Medienmitteilung des Stadtrats lesen, dass die Ratingagentur der langfristigen Bonität der Stadt Zürich Bestnoten gibt: «Der Ausblick bleibt stabil.» Damit ist schwarz auf weiss festgehalten, was man auch in den Büchern sieht. Die Stadt ist finanziell kerngesund. Wir können momentan zu sehr guten Konditionen Fremdkapital aufnehmen und die Zinsbelastung ist tief. Das war schon so, bevor der Stadtrat letzte Woche das neue Investitionsziel kommunizierte. Dieses Ziel basiert auf Grundlagen, die nicht öffentlich verfügbar sind. Dass man Ankündigungen mit so weitreichenden und langfristigen Konsequenzen unter Ausschluss der Öffentlichkeit fällt, ist schwer nachvollziehbar. Dass nicht einmal die RPK diese Berichte vor dem Entscheid und für die Vorbereitung der Budgetdebatte sehen konnte, finde ich extrem problematisch. Das verunmöglicht der Aufsichtskommission eine saubere Arbeit. Der Stadtrat argumentierte, das neue Investitionsziel habe keinen Einfluss auf das Budget und den FAP. Aber aus den bisherigen Voten und in der Beratung wird schnell klar werden, dass sehr viele der aktuellen Fragen und Überlegungen vom Thema Schulden beeinflusst sind. Ich habe meine Meinung auf Grundlage der verfügbaren Informationen gebildet. Diese zeichnen nicht das Bild einer Stadt kurz vor der Krise. Sie zeichnen das Bild einer Stadt mit einer halben Milliarde Franken Überschuss im letzten Jahr, stetig steigenden Steuereinnahmen und so viel Eigenkapital wie noch nie zuvor. In so einer Stadt ein Investitionsziel einzuführen, das schlimmstenfalls dringend notwendige Investitionen in die Bekämpfung der Klima- oder Wohnungskrise einschränkt, ist schwer nachvollziehbar. Für die SP ist klar, dass die Stadt ihren finanziellen Spielraum ausschöpfen muss, um mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, um das Fernwärmenetz auszubauen und eine Solaroffensive zu starten. Natürlich werden wir die Grundlagen des Stadtrats, die zu diesem neuen Investitionsziel führten, sorgfältig prüfen. Seit vorgestern sind die Berichte für die RPK unter Geheimhaltung verfügbar. Wenn es eine Priorisierung zukünftiger Investitionen braucht, ist für uns aber jetzt schon klar, dass bezahlbarer Wohnraum und Klimaschutz nicht zurückgestellt werden dürfen.*

Tanja Maag (AL): *Die Stadt Zürich geht mit einer sehr guten finanziellen Ausgangslage in das Jahr 2026. Diese Einschätzung teilt auch eine externe Expertengruppe. Ich bin ebenfalls nicht glücklich, dass uns die Berichte nicht zur Verfügung stehen und auch der RPK erst seit kurzem. Was aber die Investitionstätigkeit anbelangt, muss man aufmerksam sein. Wir befinden uns in einem gewaltigen Investitionsanstieg. Das liegt u. a. daran, dass wir unsere Stadt für Netto-Null bis im Jahr 2040 fit machen müssen. Das ist für die Bürgerlichen kein Schwerpunkt. Wer aber in die Zukunft denkt, weiss, dass die Anpassungen bspw. in der Fernwärmeversorgung absolut notwendig sind. Gleichzeitig haben wir ein anhaltendes massives Problem mit nicht bezahlbarem Wohnraum. Die AL malt nicht Schwarz. Aber wir wissen, dass Geld nicht vom Himmel fällt. Der Mittelabfluss aus Investitions- und Anlagetätigkeiten beläuft sich im Budgetjahr auf rund 2,2 Milliarden Franken. Das muss finanziert werden. Das führt zu Kapitalaufnahmen, die wir langfristig stemmen müssen. Über die nächsten Planjahre hinaus zeigt sich, dass man nur einen*



Teil aus dem laufenden Geldfluss finanzieren kann. Das sind keine Märchen. Diese Informationen stammen aus dem Budget. Bei einer wirtschaftlichen Stagnationsperiode, einem Zinsanstieg oder wenn uns der Kanton zusätzliche Lasten aufdrückt, müssen wir dafür sorgen, dass wir einen Puffer haben. Investitionen sind Aufwendungen, die später einen Nutzen bringen. Es zeichnet sich aber eine schwierige Phase ab, bis diese Refinanzierung stattfindet. Deshalb können wir nicht alles in den Wind schlagen, was wir an Eckdaten sehen. Man kann verschiedene Lösungen anvisieren. Wir verlangen eine Auslegeordnung und eine strategisch kluge Planung, die auf Grundbedürfnisse fokussiert. Wir erwarten auch Transparenz. Deshalb sind wir für das RPK-Postulat. Florian Utz (SP) geht davon aus, dass wir dort eine Investitionsobergrenze definieren. Dem ist nicht so. Wir möchten einfach, dass es transparent festgeschrieben ist, falls eine solche in Zukunft existieren sollte. Die dazugehörigen Überlegungen und Priorisierungen gehören in den FAP. Die Planung muss über mehr als drei Planjahre nachvollziehbar sein.

Felix Moser (Grüne): Das Postulat fordert einen Bericht und keine Investitionsobergrenze. Zum zweiten fordern wir einen Bericht über eine allfällige Investitionsobergrenze, falls der Stadtrat diese beschliessen sollte. Zum damaligen Zeitpunkt sprach man noch von einer Obergrenze inzwischen von einem Zielwert. Das aktuelle Budget beinhaltet Investitionen in der Höhe 2,4 Milliarden Franken – 1,9 Milliarden Franken im Verwaltungsvermögen und 500 Millionen Franken für das Wohnen. Das wird noch mehr, wenn man den Anträgen zustimmt. Diese Investitionen sollen langsam sinken. Für die Beratung des Budgets und des FAP brauchten wir diese Informationen nicht, weil sie nicht eingeflossen sind. Der Stadtrat beschloss das erst letzte oder vorletzte Woche. Das Budget 2026 liegt aber schon seit September 2025 vor. Deshalb sehe ich kein grosses Problem darin, dass wir erst vor zwei Wochen über die Investitionszielwerte informiert wurden, die ab dem nächsten Budget greifen sollen. Im Textänderungsantrag der SP werden drei Punkte definiert, die auf Volksentscheiden basieren und nicht verändert werden sollen. Es gibt aber noch andere Volksentscheide, bspw. die Krippenförderung. Ich finde diese Einschränkung falsch. Deshalb ist mir eine Auslegeordnung lieber. Zum Postulat der SP: Wohnen ist im Moment ein sehr grosser Teil der Investitionen und der Hauptgrund, weshalb sie so angestiegen sind. Die Grünen finden es wichtig, dass weiterhin genügend Mittel für Investitionen in den Wohnbau zur Verfügung stehen. 600 Millionen Franken für die nächsten Jahre scheinen uns angemessen. Wir unterstützen das Postulat. Wir gehen davon aus, dass auch die anderen Bereiche angeschaut werden. Uns liegt insbesondere Netto-Null am Herzen. Wir verzichten aber darauf, konkrete Vorgaben zu machen. Das macht keinen Sinn, bevor man es nicht seriös angeschaut hat.

Dr. Florian Blättler (SP): Es ist nicht meine erste Budgetdebatte. Aber dieses Jahr bin ich ernsthaft irritiert über das Verhalten des Stadtrats. Das Budget liegt – wie in allen liberalen Demokratien – in der Hoheit des Parlaments oder der Stimmbevölkerung. Das bedeutet nicht, dass sich der Stadtrat raushalten soll. Im Gegenteil: Wir sind auf Grundlagen von Verwaltung und Stadtrat angewiesen, damit wir unsere Arbeit erledigen können. Der Stadtrat machte sich zu Investitionen und Verschuldung Gedanken und gab Studien dazu in Auftrag. Ratsmitglieder wurden unter Geheimhaltung und ohne die Studie je zu sehen, darüber informiert. Es handle sich um interne Dokumente des Stadtrats,



die für die Budgetdebatte irrelevant seien. Gleichzeitig sagt der Stadtrat in Interviews, man solle bei den Investitionen kürzen und veröffentlicht seinen Entscheid nicht einmal eine Woche vor der Budgetdebatte. Das Ziel war klar: Der Stadtrat und nicht der Gemeinderat setzt das Thema der Budgetdebatte. Der Stadtrat sorgt bei uns für eine Schweigepflicht und bei sich selbst für einen Wissensvorsprung, indem er die Studie unter Verschluss hält. Es ist ein Muster, das sich schon länger abzeichnet. Einige Stadtratsmitglieder würden sich wünschen, dass wir das Budget einfach abnicken; andere halten unsere Debatte seit dem neuen kantonalen Gemeindegesetz für eine folkloristische Veranstaltung und rechtlich nur teilweise bindend. Ich sehe das anders. Die eine der beiden Studien prophezeit den Untergang der Stadt Zürich. Alles ohne Belege und nur basierend auf ein paar Gesprächen. Die zweite Studie ist etwas differenzierter und denkt in Szenarien. Sie warnt nicht direkt vor einem Untergang. Sie zeigt ein Szenario, das der Stadtrat immer wieder unterschlägt: Dass selbst bei den sehr schwarzmalerei-schen Zahlen des Stadtrats Investitionen auf dem aktuellen Niveau für die Stadt machbar sind. Die Rahmenbedingung für dieses Szenario ist, dass die Rechnungen der nächsten zehn Jahre um jeweils 0,5 Prozent besser werden. Das heisst, leicht höhere Einnahmen oder leicht tiefere Ausgaben wären nötig. Es ist natürlich einfacher, bei den Investitionen zu kürzen, weil erst die nächste Generation fehlende Investitionen merkt. Einsparungen hingegen müssten heute gemacht werden. Seit dem Jahr 2019 steigen unsere Steuereinnahmen, Lohnkosten und Nettoausgaben Hand in Hand ziemlich exakt um 4 Prozent. Es gibt Punkte, die überdurchschnittlich steigen, beispielsweise IT-Ausgaben, Human Resources oder externe Berater. Zusammenfassend lässt sich festhalten: Investitionen auf dem heutigen Niveau sind stemmbar, wenn wir wollen. Ich fordere daher eine ganzheitliche Betrachtung mit Einbezug des Gemeinderats, der immer noch die Budgethoheit besitzt. Kürzen wir heute und in Zukunft nicht Investitionen für die Zukunft.

Markus Haselbach (Die Mitte): Die Fraktion Die Mitte/EVP ist generell sehr daran interessiert, langfristige Finanzinformationen zu erhalten. Der FAP geht zu wenig weit, wenn man damit Projekte beschliesst, die Ausgaben über Jahrzehnte bewirken. Deshalb finden wir es wichtig, dass wir eine Planung für zehn Jahre sehen. Der Gemeinderat kann Probleme besser sehen, bevor sie auftauchen, wenn er sehr gute Informationen hat. Generell kann man sagen, dass es in Zukunft finanziell schwieriger wird, weil der Gemeinderat und das Volk sehr viele neue Ausgaben beschlossen haben, die jedes Jahr anfallen. Mit dem höheren Verwaltungsvermögen werden auch die Abschreibungen immer höher. Vom Free Cashflow geht also bald alles für die Abschreibungen weg und einen Reingewinn wird man bald nicht mehr ausweisen können. Unser Anliegen ist es, Informationen zu erhalten. Es sollen noch keine politischen Forderungen eingebracht werden. Die Textänderung der SP will festschreiben, wofür viel ausgegeben werden soll. Deshalb lehnen wir die Textänderung ab und nehmen das Postulat ohne Textänderung an. Das Postulat der SP, das für den Immobilienkauf 600 Millionen Franken reserviert, lehnen wir ab. Wir möchten das nicht langfristig vorgeschrieben haben. Wir möchten zuerst wissen, was überhaupt möglich ist. Andererseits hängt es auch vom Markt ab.



Tanja Maag (AL): Die Bürgerlichen tragen nicht viel zur Sicherstellung von preisgünstigem Wohnraum bei. Das zeigte sich am letzten Abstimmungswochenende. Umso wichtiger ist es, dass die Stadt Zürich weiterhin Schwerpunkte setzt. Bei Liegenschaftskäufen geht es darum, Land der Spekulation zu entziehen. Wenn es um das Tempo und die Quantität geht, sind wir mit der SP nicht immer einig. Es stimmt auch nicht, dass Käufe die Steuerzahler*innen nicht belasteten. Ertragsseitig lässt sich die Selbstfinanzierung nur mit Überschüssen hochhalten. Die Steuerzahler*innen leisten also ihren Anteil dazu. Aber das ist auch nicht verkehrt. Die erworbenen Liegenschaften gehören der öffentlichen Hand, was sich längerfristig lohnt. Die AL hätte gut mit dem Betrag des Stadtrats leben können. Wir boten aber grosszügigerweise Hand, um unser Commitment zum Drittelsziel zu signalisieren. Wie bekannt, entscheidet der Stadtrat, wie viel er in den Liegenschafts Kauf investieren will. Postulate dazu sind symbolisch. Wir gehen davon aus, dass das Wort «mindestens» im Ingress nicht wortwörtlich ausgelegt wird.

Florian Utz (SP): Es braucht beim Wohnen selbstverständlich noch andere Massnahmen. Die AL und die Grünen zeigten sich beim Postulat zur Investitionsplanung erstaunt darüber, dass ich eine Investitionsobergrenze erwähne. Deshalb weise ich noch mal auf den Wortlaut des Postulats hin: «Insbesondere soll die Einhaltung der allfälligen Investitionsobergrenze nachgewiesen werden.» Es handelt sich also nicht um eine Erfindung oder bössartige Interpretation. Ich bin froh um die Klarstellung, dass weder AL noch Grüne eine Investitionsobergrenze fordern, sondern einfach Zahlen, Daten und Fakten. Dagegen haben wir nichts. Die Mehrheit im Rat fordert vom Stadtrat also keine Investitionsobergrenze. Felix Moser (Grüne) fragte, weshalb wir mit der Textänderung genau diese drei Volksentscheide berücksichtigten. Der Grund ist, dass diese drei Bereiche hohe Investitionen auslösen, während es sich bei anderen Volksentscheiden primär um Ausgaben handelt. Selbstverständlich fordern wir die Umsetzung aller Volksentscheide.

Michael Schmid (FDP): Das beste Votum gegen den Textänderungsantrag der SP und für das Postulat hielt das RPK-Mitglied der SP, Dr. Florian Blättler (SP). Die Entscheidungsgrundlagen für diese Budgetdebatte genügen schlicht und einfach nicht. In einem Jahr, das kein Wahljahr ist, wäre die Konsequenz ein Rückweisungsantrag. Zum Postulat der SP zum Wohnen: Wenn man der SP zuhört, klingt sie wie eine in der Wolle gefärbte, aggressive Immobilienspekulant. Auch die Methode ist dieselbe: Man geht mit fremdem Geld auf Einkaufstour und erwartet, dass es immer nur nach oben geht. Eigentlich müsste die Immobilienkrise der 90er-Jahre noch präsent sein. Wir können einmal mehr den Vorsteher des Finanzdepartements zitieren: «Den Schälmeienklängen von Badran und Ospel bin ich nie erlegen.» Ich hoffe, das gilt weiterhin und er zieht in den kommenden Jahren einschneidende Konsequenzen aus diesen Erkenntnissen.

Samuel Balsiger (SVP): Die Fraktionserklärungen der linken Parteien waren Wahlpropaganda, die mit der Realität nichts zu tun hat. Es ist als kleiner Bürger und Steuerzahler unangenehm, dass die politische Mehrheit den Bezug zur Realität verloren hat. Sie hat es in dieser Legislatur geschafft, das Budget um wiederkehrende Kosten von über 2000 Milliarden Franken pro Jahr in die Höhe zu treiben. Diese Zahl muss doch Angst machen und zeigen, dass man auf dem falschen Weg ist. Langfristig funktioniert das



nicht. Selbst STR Daniel Leupi wird es angesichts der steigenden Schulden, Kosten und Investitionen langsam schwindlig. Dahinter steht ein Denken, das Johann Widmer (SVP) in der Fraktionserklärung aufgezeigt hat. Irgendwann kann man auf dem Schweizer Markt nicht mehr genug Fremdkapital aufnehmen. Soll uns Katar mit einer Finanzspritze finanzieren, wenn uns die UBS kein Geld mehr gibt? Es wird die ganze Zeit davon geredet, die Nachhaltigkeit in den Vordergrund zu stellen. Nachhaltigkeit begrenzt sich nicht auf den Klimaschutz – sie gilt auch dafür, wie man in der Stadt Politik macht. Das Weltklima kann man nicht beeinflussen, aber man kann steuern, ob man die Investitionen finanzieren kann. Wenn wir irgendwann über eine Steuererhöhung sprechen müssen, möchte ich das Kaufkraftprogramm im Vergleich zu den 400 Franken ÖV-Verbilligung sehen, die auch den Reichen zugeschanzt werden. Eine Studie im Auftrag der Stadt Zürich bescheinigt 40 000 Leerkündigungen aufgrund der Klimapolitik. Gleichzeitig wird von günstigen Wohnungen gesprochen. Von dieser Realität wurde heute Abend nichts gesagt.

Änderungsantrag

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Der Finanz- und Aufgabenplan 2026–2029 wird ablehnend zur Kenntnis genommen.

Mehrheit:	Referat: Sven Sobernheim (GLP), Präsidium; Martin Bürki (FDP), Vizepräsidium; Përparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP)
Minderheit:	Referat: Johann Widmer (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 89 gegen 34 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Referat: Sven Sobernheim (GLP), Präsidium; Martin Bürki (FDP), Vizepräsidium; Përparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP)
Minderheit:	Referat: Johann Widmer (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 89 gegen 34 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.



12 / 13

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

Der Finanz- und Aufgabenplan 2026–2029 wird zur Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 17. Dezember 2025 gemäss Art. 37 der Gemeindeordnung

5537. 2025/557

Postulat der Grüne-, FDP-, GLP-, SVP-, Die Mitte/EVP- und AL-Fraktion vom 26.11.2025:

Bericht über die langfristige Investitionsplanung und deren Grundlagen über mindestens die nächsten zehn Jahre

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2025/390, Beschluss-Nr. 5529/2025

Felix Moser (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 5458/2025).

Florian Utz (SP) stellt namens der SP-Fraktion folgenden Textänderungsantrag und begründet diesen:

Der Stadtrat wird aufgefordert einen Bericht zu erstatten, worin er dem Gemeinderat die langfristige Investitionsplanung über mindestens die nächsten zehn Jahre und deren Grundlagen erläutert. Insbesondere soll der prognostizierte Free Cashflow und die prognostizierten langfristigen Verbindlichkeiten mit dem zu Grunde liegenden Rechnungsmodell ausgewiesen werden. Dabei soll auch aufgezeigt werden, dass die Investitionsplanung sicherstellt, dass die erforderlichen Investitionen zur Umsetzung der Volksentscheide zu Netto null, zum Drittelsziel und zu den Tagesschulen getätigt werden und die Einhaltung der allfälligen Investitionsobergrenze nachgewiesen werden. Die Berichterstattung an den Gemeinderat soll in den Finanz- und Aufgabenplan integriert werden.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Sven Sobernheim (GLP) ist mit der Textänderung nicht einverstanden.

Das Postulat wird mit 87 gegen 36 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat



13 / 13

5538. 2025/569

Postulat der SP-Fraktion vom 03.12.2025:

Sicherstellung eines Budgets von mindestens 600 Millionen Franken für Liegenschaftskäufe im Rahmen der Investitionsplanung

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2025/390, Beschluss-Nr. 5529/2025

Florian Utz (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 5499/2025).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 64 gegen 59 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat